



Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 74 602
Fax: (030) 227 76 622
E-Mail: angelika.brunkhorst@bundestag.de

Wahlkreis
Sonnenstraße 1
27793 Wildeshausen
Tel: (04431) 93 17 04
Fax: (04431) 93 17 05
E-Mail: angelika.brunkhorst@wk.bundestag.de

www.angelika-brunkhorst.de

Angelika Brunkhorst
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Naturschutz und Reaktorsicherheit
der FDP-Bundestagsfraktion

Berlin, 30. November 2009

Pressemitteilung

Berlin. In jüngster Zeit scheinen sich die Fronten zur Frage des Baus der geplanten Hochspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe insbesondere zwischen den Bürgerinitiativen und transpower zu verhärten. Hierzu erklärt die FDP-Umweltpolitikerin Angelika Brunkhorst:

380kV-Leitung von Ganderkesee nach St. Hülfe: Brunkhorst fordert runden Tisch

„Ich habe Verständnis für die Verärgerung der Bevölkerung“, erklärte Brunkhorst. Zum einen stehe die Übernahme der Übertragungsnetzbetreiberin transpower durch den niederländischen Netzbetreiber TenneT an. Zum anderen werfe das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) des Bundes, Fragen auf. Im Unterschied zum niedersächsischen Erdkabelgesetz, das eine weitreichende Verkabelung ermöglicht hätte und die Erdverlegung in Landschaftsschutzgebieten zwingend vorschrieb, enthält das EnLAG nur eine „Kann-Vorschrift“, die lediglich die Verkabelung von Teil-Abschnitten gestattet.

Die betroffenen Anwohner akzeptierten die Leitung eher, wenn die Option der Erdverkabelung genutzt würde, wie dies für die Pilotprojekte vorgesehen sei. Im Sinne eines so ermöglichten beschleunigten Ausbaus läge dies auch im Interesse der Übertragungsnetzbetreiber, ist sich Brunkhorst sicher. „Es wäre politisch unklug, wenn sich transpower auf rechtliche Minimalpositionen zurückzöge“. Brunkhorst räumte ein, dass die neue Rechtslage eine Überprüfung des Vorhabens durch transpower erfordere. „Aber erinnern wir uns: Seinerzeit wurde von den Energienetzbetreibern selbst eine Regelung gefordert, die die Umlage der Mehrkosten einer Erdverkabelung zulässt. Dies ermöglicht das EnLAG. Einer Realisierung steht somit nichts im Wege,“ betonte die Abgeordnete.

Brunkhorst warb für einen runden Tisch: „Neben transpower und den Vertretern der Bürgerinitiativen sollen sich insbesondere auch die betroffenen Kommunen und die Landesregierung zusammensetzen und die Situation offen diskutieren.“ Über einen solchen offenen Dialog zwischen allen Beteiligten könne das weitere Vorgehen transparent gemacht und damit Verständnis, Vertrauen und letztlich Akzeptanz geschaffen werden.

„Am 1. Dezember startet das Forum Netzintegration (www.forum-netzintegration.de), das Politik und Stromversorger, Naturschützer und Energieexperten, Wissenschaftler und Bürgerinitiativen zusammenbringt“ erklärte die FDP-Umweltpolitikerin. Eine entsprechende Initiative halte sie auch im Landkreis Oldenburg für sinnvoll.